STADT NORDEN

Ergänzungsvorlage

	Wahlperiode 2021 - 2026	Beschluss-Nr: 0172/2022/1.3/1	Status öffentlich
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Delegation von Personalentscheidungen gem. § 107 Abs. 4 S. 1 NKomVG; hier: Beamtinnen und Beamte			
<u>Beratungsfolge:</u> 19.05.2022 Verwaltungsausschuss 23.05.2022 Rat der Stadt Norden			
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Dirks, 1.3		<u>Organisationseinheit:</u> Personal	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Norden überträgt dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin die Befugnis über die Ernennung, Versetzung zu einem anderen Dienstherrn, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung von Beamtinnen und Beamten gem. § 107 Abs. 4 S. 1, 2 Hs NKomVG bis zur Besoldungsgruppe A12 NBesG.

Als Ausnahme von dieser Ermächtigung werden Positionen von Führungskräften, bedeutet die Dienstposten der Leitungen der Organisationseinheiten, Stabstellen des Verwaltungsvorstandes, der Gleichstellungsbeauftragten, der/dem Klimaschutzbeauftragten, der Leitung des Teemuseums, festgelegt.

Der Rat der Stadt Norden überträgt dem Verwaltungsausschuss im Einvernehmen mit dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin die Befugnis über die Ernennung, Versetzung zu einem anderen Dienstherrn, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung von Beamtinnen und Beamten gemäß § 107 Abs. 4 S. 1, 2. HS NKomVG ab der Besoldungsgruppe A 13 NBesG, sowie der Entscheidungen bezüglich der von der Delegation auf den Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin ausgenommenen Dienstposten.

Über die getroffenen Personalentscheidungen werden der Verwaltungsausschuss und der Rat regelmäßig informiert.

Diese Ermächtigung wird für zunächst zwei Jahre befristet.

Sach- und Rechtslage:

Es wird Bezug genommen auf die Sach- und Rechtslage von der ursprünglichen Sitzungsvorlage. In der Sitzung des Finanz-, Beteiligungs- und Personalausschusses vom 09.05.2022 wurde besprochen, dass die Verwaltung eine Ergänzungsvorlage zur Sitzung des Verwaltungsausschusses mit vorgeschlagenem Inhalt vorbereiten soll.

Dieser soll beinhalten, dass der Bürgermeister die grundsätzliche Ermächtigung erhält über alle Personalfälle bis zur Besoldungsgruppe A12 NBesG zu entscheiden. Als Ausnahme für diese Ermächtigung werden Führungskräfte benannt, gemeint sind die Leitungen der jeweiligen Organisationseinheiten. Weiterhin sollen auch folgende Positionen von der Ermächtigung ausgenommen werden: Stabstellen des Verwaltungsvorstandes, Gleichstellungsbeauftragte, Klimaschutzbeauftragte/r, Leitung des Teemuseums.

Im Nachgang der Sitzung wurde noch der politische Wunsch geäußert, die Delegationsentscheidung zunächst für zwei Jahre zu befristen. Nach einer erfolgreichen Testphase soll die Delegation auf Dauer festgelegt werden.